

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

5. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege

Sitzungstermin:	Montag, 11.12.2023
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr
Sitzungsende:	18:26 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Detlev Stolzenberg - Unabhängige Volt-PARTEI Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Julian Bickford-Novoselac - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Kimberly D'Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Stefanie Fimm - CDU	
Daniel Kerlin - FDP	Vertretung für: Herrn Ulf Hansen
Oliver Marten - AfD	
Renate Prüß - SPD & FW	
Barbara Steffen - CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Rolf Bauer - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Enrico Kreft
Ellen Ehrich - CDU	anwesend ab 17:40 Uhr / TOP 6.1 als Vertretung für: Dr. Hermann Junghans
Jens-Pieter Frieze - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Peter Petereit Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender
Britta Gerdes - SPD & FW	
Dr. Hermann Junghans - CDU	anwesend bis 17:40 Uhr / TOP 6.1
Monika Schedel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Karin Burakowski
Sigrun Schulze - LINKE & GAL	Vertretung für: Frau Dalila Mecker
Henning Stabe - CDU	
Beiratsmitglieder	
Gundula Beuster - Beirat für Senior:innen	
Bettina Hofmann - Beirat für Senior:innen	
Verwaltung	

Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Nina Jakubczyk - 4.041 Fachbereichsdienste	
Dr. Jan Lokers - 4.415 Archiv	
Alexander Pinto - 4.041 Fachbereichsdienste	
Dr. Dirk Rieger - 4.491 - Archäologie und Denkmalpflege	
Gerald Schleiwies - 4.416 Stadtbibliothek	
Aiko Wagner - 4.040 FBC	
Dr. Tilmann von Stockhausen - 4.041.7 Die Lübecker Museen	
Protokollführung	
Annika Jarrens - 4.041 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Stefan Otte - Leitung Musik- und Kunstschule Lübeck	anwesend bis 18:09 / TOP 6.1
Jürgen Feldhoff - Unabhängige Volt-PARTEI	
Sonstige Personen	
Ilhan Isözen - Haus der Kulturen Forum für MigrantInnen	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dalila Mecker - LINKE & GAL	entschuldigt
Peter Petereit - SPD & FW Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Ulf Hansen - FDP	entschuldigt
Karin Burakowski - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Enrico Kreft - SPD & FW	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2023	
3	Mitteilungen / Anfragen / Antworten	
3.1	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1.1	Mündlicher Bericht (Kulturbüro): Sachstand zum Verfahren Förderung freie Theater	
3.1.2	Aktueller Stand "Neues Buddenbrookhaus"	
3.2	Mitteilungen des Vorsitzenden	
3.3	Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Denkmalrechtliche Stellungnahme zur Hafenentwicklung gegenüber des Fischerdorfes Gothmund	VO/2023/12709
3.4	Antwort auf die Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Denkmalrechtliche Stellungnahme zur Hafenentwicklung gegenüber des Fischerdorfes Gothmund	
3.5	AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zur Konsultation des Denkmalrates durch die Stadt	VO/2023/12710
4	Berichte	
4.1	Elbe-Lübeck Leitung (380 kV Freileitung) - erste Planungen (VO/2023/12627)	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL: Lübecker Musikschulen	VO/2023/12748
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Henning Stabe (CDU): Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der vier Lübecker Hochschulen	VO/2023/12725
7.2	AM Henning Stabe (CDU): Auswirkungen der eAkte auf das Stadtarchiv	VO/2023/12726
7.3	AM Hennig Stabe (CDU): Prüfung der Öffnungszeiten der	VO/2023/12727

	Stadtbibliothek	
7.4	AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Durchführung eines Symposiums zum immateriellen Schutzgut der Nutzung des Heiligen-Geist-Hospitals	VO/2023/12212
7.5	Freie Wähler & GAL: Bibliothek der Dinge	VO/2022/11659
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende, Hr. Stolzenberg, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Schedel und Herrn Bauer mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um den öffentlichen Nachtrags-TOP 4.1 im Wege der Dringlichkeit zu erweitern. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 13.1 abstimmen. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Fr. Senatorin Frank bittet um die Teilnahme von Hr. Wagner im nichtöffentlichen Teil. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2023

Es gibt keine Wortmeldung. Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Mitteilungen / Anfragen / Antworten

zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

Archäologie und Denkmalpflege:

Hr. Dr. Rieger berichtet über die Unterschutzstellung des Willy-Brandt-Geburtshauses in der Meierstr. 16, über aktuelle Ausgrabungen im Bereich des Domkreuzganges und über den Lübecker PV- und Solarleitfaden.

AM Dr. Junghans spricht sein Lob für die bildhafte Unterrichtung aus. Er weist auf die Überarbeitung der Handreichung des Landesamtes für Denkmalpflege mit möglichen Aussagen zu dem Einsatz von Wärmepumpen und Windenergie über PV-Anlagen hinaus hin.

Hr. Dr. Rieger erwidert, dass mit dem PV- und Solarleitfaden in Abstimmung mit der VDL (Vereinigung der Denkmalfachämter in den Ländern) ein erster Stand erarbeitet werden soll. Gleiches sei für Wärme-, Windenergie etc. angedacht.

Hr. Dr. Junghans weist ferner auf baurechtliche Hemmnisse und möglichen Anpassungsbedarf der Gestaltungssatzung zugunsten erneuerbarer Energien hin. AM Stolzenberg erkundigt sich, ob ein Austausch mit den baukulturell interessierten Institutionen der Stadt angedacht ist (BIRL, Architekturforum). Hr. Dr. Rieger erwidert, dass mit dem Leitfaden ein aktiver Dialog bezweckt werde.

Hr. Dr. Junghans erkundigt sich ferner, wie mit menschlichen Überresten umgegangen wird, wenn diese nicht im Erdreich verbleiben. Hr. Dr. Rieger antwortet, dass die Gebeine im Einklang mit dem gesetzlichen Auftrag geborgen und wissenschaftlich untersucht werden. Es ist angedacht, diese im Anschluss wieder zu bestatten.

Die Lübecker Museen:

Hr. Dr. von Stockhausen berichtet über die Besuchszahlen und Ausstellungen in 2023 sowie über Veranstaltungen und Kooperationen. Er teilt mit, dass aus Kostengründen ab Januar 2024 auf den Versand des Pressespiegels verzichtet wird.

AM Stolzenberg und Hr. Dr. von Stockhausen sprechen zur Zuordnung der Besucherzahlen des Buddenbrookhauses zu anderen Häusern.

zu 3.1.1 Mündlicher Bericht (Kulturbüro): Sachstand zum Verfahren Förderung freie Theater

Fr. Jakubczyk stellt den Verfahrensvorschlag zum Umgang mit den zusätzlichen Mitteln zur Förderung der freien Theater vor [200.000 €; VO/2023/12437-09-02]. Für die bereits institutionell geförderten Theater Taschenoper, Theater Combinale und Theater am Tremser Teich ist angedacht, die Förderquote der Hansestadt Lübeck der Förderquote des Landes (ca. 20 %) anzugleichen. Hierfür sollen 140.000 € aufgewendet werden. Die verbleibenden 60.000 € sollen als zusätzliche Projektfördermittel für freie Theater aufgewendet werden. Perspektivisch ist auch denkbar, mit diesen Mitteln weitere Einrichtungen institutionell zu fördern.

Hr. Dr. Junghans erkundigt sich, ob es über die Förderquote des Landes hinaus abstrakte Kriterien für die Berechnung gibt. Hierzu antworten Fr. Jakubczyk und Fr. Frank, dass eine umfassende Bewertung anhand von Kriterien wie den strukturellen Personal- und Sachkosten in der Kürze der Zeit nicht möglich sei und daher der rechtlich sichere Vorschlag der Orientierung an der Landesförderung gemacht werde.

AM Stolzenberg merkt an, dass im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung Kriterien und Regularien entwickelt werden können. Fr. Frank ergänzt, dass auch weiteren Theatern ein Förderwille in Form der Projektförderung signalisiert wird und dies ein Einstieg in eine mögliche institutionelle Förderung sein könne. Hr. Dr. Junghans und Fr. Jakubczyk sprechen zur Berücksichtigung von Haushaltsplänen und Jahresabschlüssen. Auf Nachfrage von Hr. Kerlin erläutert Fr. Jakubczyk, dass für die Projektförderung Theater antragsberechtigt seien, die keine institutionelle Förderung erhalten.

Fr. Jakubczyk berichtet ferner, dass die zusätzlichen Mittel für das Kulturbüro [insgesamt 200.000 €; VO/2023/12437-02-01, Ziffer 4.10] der Projektförderung und dem damit einhergehenden bekannten Antragsverfahren zugerechnet werden. Fr. Frank ergänzt, dass für die im Beschluss definierte Förderung von Veranstaltungen der Soziokultur und der Kleinkunst viele Akteure eingebunden werden sollen (z.B. gemeinnützige Vereine, Nachbarschaftsbüros, VHS, Stadtteilbibliotheken, Jugendfreizeiteinrichtungen, Initiativen, etc.). Über weitergehende Überlegungen werde der Ausschuss informiert. Auf Nachfrage von AM Bickford-Novoselac erklärt Fr. Jakubczyk, dass Fr. Markmann als Kulturvermittlerin in die Prozesse eingebunden ist. AM Stolzenberg, Fr. Jakubczyk und Fr. Frank sprechen zur Bekanntmachung der städtischen Förderangebote.

Der Ausschuss erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden.

zu 3.1.2 Aktueller Stand "Neues Buddenbrookhaus"

AM Stolzenberg fasst den Beschluss der Bürgerschaft vom 30.11.2023 zusammen [VO/2023/12588-01-01-02].

Fr. Senatorin Frank berichtet über die Umsetzung des Beschlusses. Man gehe nun in den Austausch mit den Planer:innen, um den Zeitaufwand für die Umplanung einzuschätzen. Gespräche mit der IB.SH seien geplant, um eine Genehmigung der Änderung zu erzielen. In Absprache mit der Bürgermeisterkanzlei soll, sofern die relevanten Informationen rechtzeitig vorliegen, vor der nächsten Sitzung der Bürgerschaft der eingerichtete Begleitausschuss zum Vorhaben „Neues Buddenbrookhaus“ für eine eingehende Vorabinformation einberufen werden.

AM Stolzenberg und Fr. Senatorin Frank sprechen zu einer Baustellenbesichtigung durch den Fördermittelgebenden. Fr. Frank erläutert das Förderverfahren; durch die IB.SH werde nur eine baufachtechnische Prüfung durchgeführt. Hr. von Stockhausen ergänzt, dass vor Kurzem eine Baustellenbesichtigung mit der IB.SH durchgeführt wurde.

AM Dr. Junghans stellt in Frage, ob es um eine wesentliche Änderung handelt und ob die Hansestadt Lübeck als Fördermittelempfängerin diese Änderung selbst als wesentlich betrachten solle vor dem Hintergrund des gleich bleibenden Förderzwecks. Fr. Frank stellt klar, dass das Erdgeschoss wegen Rettungs- und Fluchtwegen in reduziertem Umfang als Ausstellungsfläche nutzbar sein werde und dass die Abweichung von einem genehmigten Bauantrag nach bisherigen Informationen eine wesentliche Änderung im Sinne der Zuwendungsvoraussetzungen darstelle.

Fr. Prüß bittet Hr. Stolzenberg im Hinblick auf die Bewertung des Bürgerschaftsbeschlusses zwischen der Rolle als AV und AM zu differenzieren. Fr. Prüß stellt ferner klar, dass bereits geringe Änderungen zu einer neuen Baugenehmigung führen können. AM Kerlin erkundigt sich, welche Konsequenzen die Umplanung für den Keller und das geplante Konzept der Museumspädagogik hat. Fr. Frank verweist auf die laufende Klärung mit den Planer:innen und hält die ursprünglich geplante Nutzung vor dem Hintergrund der Wegeführung für schwer umsetzbar. AM D'Amico stellt ebenfalls in Frage, ob eine neue Baugenehmigung eine erhebliche, wesentliche Änderung darstellt, da der Förderzweck nicht berührt werde. Fr. Frank verweist auf die Nebenbestimmungen zur Landeshaushaltsordnung, die die Mitteilungspflichten und Ermessensspielräume regeln. AM Stolzenberg regt an, dem Fördermittelgebenden die Bedeutung des Vorhabens aus fachlicher Sicht nachvollziehbar darzulegen.

zu 3.2 Mitteilungen des Vorsitzenden

Keine Mitteilungen.

zu 3.3 Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Denkmalrechtliche Stellungnahme zur Hafenentwicklung gegenüber des Fischerdorfes Gothmund Vorlage: VO/2023/12709

Beschluss:

1. Welche Baudenkmale, Mehrheiten von baulichen Anlagen oder Sachgesamtheiten in Gothmund stehen unter Denkmalschutz?

2. Werden durch die Veränderungen der Umgebung, die nach dem Planfeststellungsverfahren zur Hafenentwicklung in Siems zu erwarten sind, wesentliche Beeinträchtigungen von Denkmalen erwartet?

3. Beabsichtigt die Denkmalschutzbehörde die Abgabe einer fachlichen Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens und wenn ja, mit welchem Inhalt?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 3.4 Antwort auf die Anfrage von AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Denkmalrechtliche Stellungnahme zur Hafenentwicklung gegenüber des Fischerdorfes Gothmund

AV Stolzenberg berichtet, dass die Antwort für die kommende Sitzung angekündigt ist.

**zu 3.5 AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Anfrage zur Konsultation des Denkmalrates durch die Stadt
Vorlage: VO/2023/12710**

AV Stolzenberg berichtet, dass die Antwort für die kommende Sitzung angekündigt ist.

Beschluss:

Nach welcher rechtlichen Bestimmung ist es der oberen Denkmalschutzbehörde bzw. der Hansestadt Lübeck untersagt, den Denkmalrat zu einer aktuellen Fragestellung zu konsultieren?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 4 Berichte

zu 4.1 Elbe-Lübeck Leitung (380 kV Freileitung) - erste Planungen (VO/2023/12627)

AV Stolzenberg leitet ein, dass die Vorlage bereits im Bauausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beraten worden ist. Eine Einschätzung der Verwaltung im Hinblick auf denkmalpflegerische Aspekte folgt in der kommenden Sitzung.

Fr. Senatorin Frank berichtet, dass der Bauausschuss und der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überlegen, eine gemeinsame Sitzung zu dieser Thematik abzuhalten. Sofern der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege involviert sein möchte, sollte der AV auf die Vorsitzenden der anderen beiden Ausschüsse zugehen.

AV Stolzenberg schlägt vor, den TOP zu vertagen. Der Ausschuss beschließt, den TOP zu vertagen.

AV Stolzenberg weist auf eine noch schriftlich folgende Anfrage zum Ehrenfriedhof von ihm auf Initiative und in Abstimmung mit AM D'Amico hin. AM D'Amico erkundigt sich nach aktuellen Ereignissen bzw. Planungen auf dem Ehrenfriedhof. Fr. Frank antwortet, dass ihr hierzu derzeit nichts bekannt sei und die Frage ggf. auch an den Bauausschuss zu richten sei. Das Thema werde im Rahmen der neuen Stelle Erinnerungskultur aufgegriffen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL: Lübecker Musikschulen Vorlage: VO/2023/12748

AM Bickford-Novoselac äußert den Willen, die Musikschulen zu fördern und erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung des Beschlusses vom 25. März 2021 [VO/2021/09883] über den Abschluss von Budgetverträgen. Fr. Senatorin Frank erläutert die Umsetzung des Beschlusses vom 25. November 2021 [VO/2021/10544], wonach die Fördersumme für die Musikschulen einmalig und dann jährlich in Höhe der Tarifsteigerung im TVöD angepasst wird und im Zuge der Kulturentwicklungsplanung der Hansestadt Lübeck politisch zu bewerten ist, ob und in welchem Umfang die Förderung der Musikschulen grundsätzlich weiter anzuheben ist. Fr. Frank weist erneut auf die Gleichbehandlung von institutionell geförderten Trägern hin.

AM Bauer als ehrenamtlicher Vorsitzender des Vereins Musik- und Kunstschule Lübeck e.V. erklärt sich auf Nachfrage des Vorsitzenden für nicht befangen. Der Ausschuss widerspricht nicht. AM Bauer spricht sich dafür aus, das Personal angemessen zu bezahlen, und Bildung und Teilhabe zu ermöglichen. Es sollten bereits vor dem Beschluss der Kulturentwicklungsplanung im September 2024 Zwischenstufen eingeschaltet werden, um eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Zur Vorlage aus März 2021 [VO/2021/09883] über den Abschluss von Budgetverträgen sprechen ferner AM Stabe und Fr. Senatorin Frank. AM Stabe schlägt vor, den TOP 6.1 zu vertagen und bittet um Aufklärung über im Zusammenhang mit der Musikschulförderung gefasste Beschlüsse.

Der Ausschuss erteilt Hr. Stefan Otte, Leitung der Musik- und Kunstschule Lübeck, das Rederecht. Hr. Otte stellt die Situation der Musikschulen dar und bemängelt das lang andauernde Verfahren. Bereits 2017 haben man seitens der Musikschulen die politischen Vertreter:innen auf die Problematik aufmerksam gemacht. Fr. Frank erwidert, dass die Verwaltung nur auf Grundlage einer Beschlussfassung tätig werden könne, die erst 2021 gegeben war.

AM Bickford-Novoselac erläutert den Grund für die Ablehnung des Haushaltsbegleitbeschlusses der Fraktion SPD & FW und spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ein Konzept zur schrittweisen Anhebung der Förderung aus.

AM Kerlin bemängelt, dass eine eingehende Beschäftigung mit den Haushaltsbegleitbeschlüssen aufgrund kurzfristigen Eingangs nicht möglich gewesen sei. Er spricht sich ebenfalls für eine mittelfristige Erhöhung und Definition des Förderzwecks aus, um den Musikschulen Planungssicherheit zu geben und Gewissheit über zu erreichende Ziele zu erlangen. Zur Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zur konstruktiven Zusammenarbeit sprechen AM Prüß, AM Bauer und AM Bickford-Novoselac.

AM Schulze begründet den Antrag. Fr. Senatorin Frank verliest Auszüge des Beschlusstextes der VO/2021/10544, welche von der Verwaltung entsprechend umgesetzt wird und in der dargestellt wurde, wie hoch der städtische Zuschuss für die Musikschulen ausfallen müsste. Würden alle festangestellten Beschäftigten der Musikschulen analog zum TVöD entlohnt, müsste der städtische Zuschuss um bis zu 800.813,33 Euro erhöht werden. AM Bickford-Novoselac stellt dar, dass der Beschluss VO/2021/09883 seines Erachtens nicht aufgehoben worden sei. AM Stabe wiederholt seinen Vorschlag, den TOP zu vertagen. Es herrsche Einigkeit über das Ziel der Anhebung der Musikschulförderung, die Maßnahmen zur Zielerreichung seien jedoch zu klären.

Hr. Otte spricht zur Bereitschaft, Budgetverträge incl. Zielvorgaben abzuschließen und macht im Zusammenhang mit der Kulturentwicklungsplanung die Relevanz der Musikschulen als etablierte Institutionen deutlich.

Fr. Senatorin Frank stellt klar, dass der Mitteleinsatz für den Haushalt 2024 bereits beschlossen worden sei und weist darauf hin, dass Lösungsmöglichkeiten mit Vorschlägen verbunden sein sollten, welche kurzfristigen Mittel in Anbetracht des defizitären Haushaltes verwendet werden sollen. Fr. Frank spricht zum Kulturentwicklungsplan, der Anhaltspunkte für den Einsatz von Fördermitteln geben soll.

AV Stolzenberg lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

***Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege
beschließt einstimmig den TOP 6.1 zu vertagen.***

Beschluss:

1. Der Beschluss vom 28.09.2023 des Haushaltsbegleitbeschlusses von SPD&FW, Pkt. 7, 2. Absatz wird aufgehoben (siehe VO 2023/12437-01-01, Punkt 7).

Es gilt weiterhin der Beschluss vom 25.11.2021 (VO/2021/10544) „Ab 2023 ist eine jährliche Anpassung der Fördersumme in Höhe der Tarifsteigerung im TVöD im Zuge der Haushaltsanmeldungen vorzusehen“.

2. Mit der Musik- und Kunstschule sowie der Musikschule der Gemeinnützigen sind Gespräche zu führen, mit dem Ziel, den jährlichen Zuschuss durch die Hansestadt Lübeck so zu erhöhen, dass den Lehrkräften Gehälter gem. TVöD VKA gezahlt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**zu 7.1 AM Henning Stabe (CDU): Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der vier Lübecker Hochschulen
Vorlage: VO/2023/12725**

AM Stabe erläutert seinen Antrag. Da das Hochschulwesen in die Zuständigkeit des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege falle, sei ein Austausch sinnvoll, um Anliegen kennenzulernen und ggf. zu unterstützen. Hierfür sollen die vier Lübecker Hochschulen innerhalb der Wahlperiode bis 31.04.2028 separat zu Sitzungen des Ausschusses eingeladen werden. Mögliche Themen seien die räumliche Ausweitung der Musikhochschule und die Neuordnung des Campus im Mönkhofer Weg.

AV Stolzenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Beschluss:

Ich beantrage, dass im Lauf der Wahlperiode 2023-2028 Vertreterinnen und Vertreter der vier in Lübeck ansässigen Hochschulen zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Studentenschaft zumindest einmal in den Kulturausschuss eingeladen werden, um dort über anstehende Projekte o.ä. zu berichten und dem Ausschuss dadurch die Möglichkeit zu geben, die Hochschulen hierbei zu unterstützen.

Die Zuständigkeit des Kulturausschusses für diese Thematik ergibt sich aus der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck vom 22.04.2022 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 15.06.2023, § 6 Ausschüsse Zusammensetzung und Aufgabengebiete, Nr. 6 Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege, Zusammenarbeit mit den Lübecker Hochschulen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Henning Stabe (CDU): Auswirkungen der eAkte auf das Stadtarchiv
Vorlage: VO/2023/12726**

AM Stabe erläutert seinen Antrag. Hintergrund sei die Frage, wie vor dem Hintergrund der ständigen technischen Entwicklungen sichergestellt werde, dass die Daten auch in 100 Jahren noch für die Nachwelt lesbar und verfügbar seien. Herr Stabe bittet um einen Überblick über die Einbindung in die e-Akte, über die Aktivitäten und die technische Infrastruktur. Fr. Frank sagt die Beantwortung in einer der kommenden Sitzungen zu.

AV Stolzenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Beschluss:

Ein Vertreter des Stadtarchivs möge dem Kulturausschuss in einer der nächsten Sitzungen darüber berichten, welche Auswirkungen die Einführung der eAkte in der Stadtverwaltung auf das Archiv der Hansestadt Lübeck hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.3 AM Hennig Stabe (CDU): Prüfung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Vorlage: VO/2023/12727

AM Stabe erläutert seinen Antrag. Hintergrund sei die Frage, ob die Stadtbibliothek ein geändertes Nutzer:innenverhalten wahrgenommen habe, z.B. gefragte Öffnungszeiten von 10:00 – 22:00 Uhr. Fr. Frank ergänzt, dass überregional häufig auch die Sonntagsöffnung im Fokus stehe und umstritten betrachtet werde. Ausweitungen der Öffnungszeiten seien mit Personalaufwüchsen und der Zustimmung des Personalrates verbunden. AM Stolzenberg merkt an, dass Hr. Schleiweis zu dieser Fragestellung während der geplanten Sitzung in der Stadtbibliothek Stellung nehmen könne.

AV Stolzenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Beschluss:

Die Leitung der Stadtbibliothek möge dem Kulturausschuss in einer der nächsten Sitzungen darüber berichten, ob die derzeitigen Öffnungszeiten (insbesondere der Zentralbibliothek) noch den Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer entspricht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.4	AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Durchführung eines Symposiums zum immateriellen Schutzgut der Nutzung des Heiligen-Geist-Hospitals Vorlage: VO/2023/12212
---------------	--

AV Stolzenberg spricht zum Bericht der Verwaltung, der für die Beschlussfassung nötig sei. Fr. Senatorin Frank stellt den Bericht im Februar in Aussicht. Antworten zu Verfahrensfragen der Antragsberechtigung lägen mittlerweile vor. In den Vorgang der von drei Lübecker Initiativen gestellten Anträge sei die Hansestadt Lübeck ferner nicht involviert. Am 18.12.2023 werde ein Landesbeirat über die Anträge befinden.

AV Stolzenberg lässt über die Vertagung des Antrags abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag zu vertagen.

Beschluss:

Aufgrund der öffentlichen Diskussion zur Schutzwürdigkeit der über Jahrhunderte anhaltenden Nutzung des Heiligen-Geist-Hospitals als Altenpflegeeinrichtung wird die Kulturverwaltung beauftragt, ein Symposium unter Einbindung von Expert:innen aus den Bereichen Unesco, Denkmalschutz, Architektur und Stadtgeschichte sowie von Vertreter:innen der Wissenschaft, Interessenverbänden und Behörden sowie der interessierten Öffentlichkeit durchzuführen. Das Symposium soll im Herbst 2023 stattfinden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.5	Freie Wähler & GAL: Bibliothek der Dinge Vorlage: VO/2022/11659
---------------	--

AV Stolzenberg erinnert daran, dass die Entscheidung zum Antrag nach der Beratung in den Fraktionen über den vorgelegten Vorbericht der Verwaltung getroffen werden solle. AM Stolzenberg und AM Prüß beantragen die Vertagung.

AV Stolzenberg lässt über die Vertagung des Antrags abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag zu vertagen.

Beschluss:

Wir bitten um Erstellung eines Konzeptes für eine „Bibliothek der Dinge“ in Lübecks Stadtteilen, damit Gegenstände, wie Näh- oder Schleifmaschine, Mikroskop oder Filmkamera... gemeinschaftlich genutzt statt gekauft werden.

Dabei mögen folgende Punkte enthalten sein:

- herausragende Beispiele anderer Städte – gern auch über das o.g. Angebot hinausgehend
- sinnvolle Standorte (Stadtteilbibliotheken, Nachbarschaftsbüros)
- Möglichkeiten der Finanzierung (Städt. Haushalt, Fördermittel, Geldspenden, Sachspenden)
- Möglichkeiten der Einbeziehung der Bevölkerung: Was wird gebraucht? Was könnte gespendet und geteilt werden?
- Mögliche Kooperationen mit / Einbindung von Repair-Cafés, AStA der Uni und FH, z.B. AStA-Umweltreferat
- Evt. weitere, damit in Verbindung stehende Angebotserweiterungen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele oder BNE.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:22 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt den im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschluss bekannt und schließt um 18:26 die Sitzung.

Lübeck, den 26. Februar 2024

Detlev Stolzenberg
Vorsitzende/r

Annika Jarrens
Protokollführung